

# Die Friedensverhandlungen gefährdet.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sollten heute fortgesetzt werden. Aber mit einemmal ist eine beunruhigende Wendung eingetreten. Die russische Regierung hat den Mittelmächten vorgeschlagen, die Beratungen in ein neutrales Land zu verlegen; die Mittelmächte haben diesen Vorschlag abgelehnt. Die russische Regierung hat den Mittelmächten mitgeteilt, daß sie ihre Vorschläge darüber, in welcher Weise Polen, Litauen und Kurland ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen, nicht annehmen könne. Das Deutsche Reich hat geantwortet, daß es auf diesen Vorschlägen bestehen müsse. So ist man nicht nur über den Ort der Friedensverhandlungen nicht einig, sondern auch über den wesentlichsten Inhalt des Friedensvertrages besteht eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Die Kriegsverlängerer in London und Paris werden heute jubeln! Den Völkern aber droht die Gefahr, daß die Verhandlungen scheitern und jede Hoffnung auf baldigen Frieden abermals begraben werden muß!

Die russische Regierung möchte die Verhandlungen lieber in einem neutralen Lande führen als in Brest-Litowsk, das in dem von Deutschland besetzten Gebiet liegt. Sie hofft offenbar, Friedensverhandlungen in einer neutralen Stadt, in der Angehörige beider Mächtegruppen, zusammenkommen und von wo Zeitungen aller Länder direkte Berichte empfangen, würden auf die Völker der Ententeländer einen stärkeren Eindruck machen, die Friedensbewegung in diesen Ländern kräftigen und dadurch den allgemeinen Frieden näher bringen. Das ist ein Argument, das sorgfältiger Erwägung wohl würdig ist. Andererseits meinen die Mittelmächte, daß die Verlegung der Verhandlungen technische Schwierigkeiten biete und daß die Verhandlungen in einer neutralen Stadt leicht von Diplomaten der Entente gestört würden, die die russischen Bevölkerungsmächstigten beeinflussen könnten. An sich ist also diese Meinungsverschiedenheit nicht unbegreiflich, aber kein Mensch in der Welt würde es begreifen, wenn man an einer so nebensächlichen Frage die Verhandlungen scheitern ließe! Hat man guten Willen, sich über die großen Probleme des Friedensvertrages zu verständigen, so wird man sich am Ende auch noch darüber verständigen können, wo die Verhandlungen geführt werden sollen. Wenn zwei Privatleute einen Vertrag miteinander schließen wollen, so vereinbaren sie zunächst, wo sie über die Vertragsbedingungen verhandeln wollen. Und sie werden nicht so töricht sein, den Vertrag, den beide brauchen, daran scheitern zu lassen, daß einer den anderen zwingen will, in einem ihm nicht genehmen Orte zu verhandeln. Das gilt doch wohl für Staaten auch. Der deutsche Reichskanzler hat ganz recht, wenn er sagt, Deutschland sei „nicht in der Lage, sich von den Russen vorschreiben zu lassen, wo es die Verhandlungen weiterführen soll“. Aber wenn die Mittelmächte den Frieden wollen, dann werden sie auch nicht den Russen vorschreiben wollen, wo sie die Verhandlungen führen sollen, sondern man wird sich über den Verhandlungsort freundschaftlich und ohne Erregung verständigen. Wenn man den Frieden an dieser Frage scheitern ließe, so wäre die ganze Welt überzeugt, daß hinter dem Streite um den Verhandlungsort ganz andere Streitfragen verborgen worden seien!

In der Tat wissen wir schon aus dem Munde des Grafen Hertling, daß die Gegensätze in der polnischen, der litauischen und der kurländischen Angelegenheit vorläufig nicht überbrückt sind. Zwar haben sowohl Rußland als auch die Mittelmächte das Selbstbestimmungsrecht der drei Grenzländer des russischen Reiches anerkannt. Rußland hat sich bereit erklärt, auf Länder, in denen nicht weniger als achtzehn Millionen Menschen wohnen, zu verzichten, wenn die Bevölkerung dieser Länder ihre Trennung von Rußland wünscht. Rußland hat sich damit einverstanden erklärt, daß diese Länder über ihre staatliche Zugehörigkeit selbst entscheiden sollen, obwohl das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn die Autonomie ihrer Nationalitäten nur als „innerstaatliche Angelegenheit“ betrachten. Rußland hat also im Wesen, im Prinzip, angenommen, was die Mittelmächte gefordert haben. Aber über die Art und Weise, wie die drei Länder ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen,

besteht eine höchst gefährliche Meinungsverschiedenheit. Die russische Regierung befürchtet, daß die Volksabstimmung in den drei Ländern von den deutschen und den österreichisch-ungarischen Behörden beeinflusst werden könnte, wenn diese Länder von den Mittelmächten besetzt bleiben; sie fordert daher den Abzug unserer Truppen vor der Volksabstimmung. Die Mittelmächte dagegen wollen zwar gleichfalls ein „Volksvotum auf breiter Grundlage“, aber in Anwesenheit unserer Truppen und unter der Verwaltung unserer Behörden. Darum geht der Streit.

Nun ist es einleuchtend, daß bei gutem Willen auch über diese Streitfrage eine Verständigung nicht unmöglich sein kann. Den Russen handelt es sich ja vor allem um zwei Dinge: erstens darum, daß wirklich die ganze Bevölkerung der drei Länder, nicht etwa nur kleine Klüngel die bloß einzelne Parteien, aber nicht das ganze Volk vertreten, oder nur der Adel, der ja in Kurland und in Litauen anderer Nationalität ist als die Volksmasse, zur Entscheidung berufen werde; zweitens darum, daß diese Entscheidung nicht durch Eingriffe der deutschen Behörden, zum Beispiel durch Versammlungs- und Zeitungsverbote, Verhaftungen und dergleichen beeinflusst werde. Es wäre gewiß nicht undenkbar, den Russen hinreichend Bürgschaften für die Erfüllung dieser beiden Grundforderungen zu bieten, auch wenn man sich zur sofortigen Abziehung der Truppen nicht entschließen kann. Auch über diese Frage kann man sich also verständigen, wenn nur die Mittelmächte wirklich die Absicht haben, den Völkern der drei Länder selbst es zu überlassen, durch eine allgemeine und unbeeinflusste Volksabstimmung über ihr Geschick zu entscheiden.

Im Hauptausschuß des deutschen Reichstages haben die Parteien der Junker und der Kapitalisten, die Konservativen und die Nationalliberalen den Frieden ohne gewaltsame Annexionen, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker offen bekämpft. Aber die drei Parteien, die die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes vertreten, die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und das Zentrum haben diese Grundsätze anerkannt. Würde sich die deutsche Regierung den Forderungen der Konservativen und der Nationalliberalen unterwerfen, dann wäre eine Verständigung mit dem demokratischen Rußland allerdings unmöglich; aber dann müßte die deutsche Regierung auch die Erklärung widerrufen, die sie in Brest-Litowsk am Beginn der Verhandlungen abgegeben hat: die Erklärung, daß die Mittelmächte keine gewaltsamen Annexionen anstreben. Da die deutsche Regierung dies aber nicht getan hat, darf das deutsche Volk wohl erwarten, daß die Reichsregierung die Entscheidung wirklich den drei Völkern selbst überlassen, die drei Völker nicht vergewaltigen will. Und wenn nur das ihr ernstester Wille ist, dann ist die Verständigung mit Rußland möglich.

Was es bedeuten würde, wenn die Verständigung mit Rußland scheiterte, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen. Das wäre ein Jubel überall, wo man den Krieg „bis zum Ende“, bis zum Sieg über die Mittelmächte will! Nun könnte man ja den kriegsmüden Völkern Frankreichs, Englands, Italiens erzählen, jetzt sei es erwiesen, daß ein Verständigungsfriede mit Deutschland unmöglich sei, da doch selbst eine so friedensbedürftige, so kriegsfeindliche Regierung wie die russische Arbeiterregierung ihr nicht zustande gebracht habe! Erzählen, jetzt sei es klar, daß sich Deutschland zwar in Worten für einen Frieden ohne Annexionen und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgesprochen, in Wirklichkeit aber die Absicht gehabt habe, den Volkswillen in den drei Ländern zu vergewaltigen und zu verfälschen, um sich ein Gebiet, so volkreich wie Oesterreich ohne Galizien, untertan zu machen! So würden die Lloyd-George und Clemenceau, die Wilson und Orlando den Haß der Völker gegen uns von neuem aufpeitschen und der Friede würde in weite, weite Ferne gerückt.

Der Graf Czernin hat sich in Oesterreich wie im Ausland, selbst im feindlichen Ausland, viel Vertrauen erworben. Man glaubt, daß sein Friedenswille ernst und ehrlich ist und daß es ihm an Geschick nicht fehlt. Seine Aufgabe ist es, in dieser kritischen Stunde zu vermitteln. Wir erwarten, daß er festhält an dem Grundsatz, den er selbst formuliert hat: an dem Grundsatz, daß wir Polen, Litauen

und Kurland nicht vergewaltigen wollen, sondern den drei Völkern selbst überlassen, über ihre Staatszugehörigkeit und Staatsform zu entscheiden. Wir erwarten, daß er Deutschland und Rußland konkrete Vorschläge machen wird über die Art, wie die volle Freiheit der Volksentscheidung in den drei Ländern gesichert werden soll. Der Graf Czernin kennt Oesterreich. Er kann sich nicht darüber täuschen, in welcher Stimmung er empfangen werden würde, wenn er ununterrichteter Dinge aus Brest-Litowsk zurückkäme.